

Betreff:

**Konzept zur Nutzung der Flüchtlingsunterkünfte**

Organisationseinheit:

Dezernat V  
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

16.01.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Anhörung)	17.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 113 Hondelage (Anhörung)	23.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode (Anhörung)	25.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)	26.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	31.01.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (Anhörung)	01.02.2017	Ö

**Sachverhalt:**

Am 21. Dezember 2015 hat der Rat der Stadt Braunschweig der Umsetzung des dezentralen Standortkonzeptes zur Unterbringung von Flüchtlingen zugestimmt. Es sieht sechzehn dezentrale Standorte für Flüchtlingsunterkünfte im Stadtgebiet vor. Acht Standorte befinden sich zurzeit in der Umsetzung.

Im Jahr 2016 wurden der Stadt Braunschweig insgesamt deutlich weniger als die am Anfang des Jahres erwarteten 1.000 Flüchtlinge zugewiesen. In 2016 wurden bis zum Jahresende tatsächlich 434 Personen zugewiesen. Für 2017 beträgt die Zuweisungsquote derzeit 492 Personen. Nach Mitteilung der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen - Standort Braunschweig - ist zunächst von einer wöchentlichen Zuweisung von 3 bis 5 Flüchtlingen auszugehen.

Das Konzept zur Nutzung der Flüchtlingsunterkünfte soll dem Rat der Stadt Braunschweig am 28. März 2017 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Wegen noch durchzuführender Abstimmungen und Vertragsverhandlungen, insbesondere aufgrund der vorgesehenen Nutzungsänderungen, erfolgt hiermit eine Mitteilung zur Anhörung gem. § 94 Abs. 1 Satz 1 NKomVG. Zur Wahrung der Beteiligungsrechte der Stadtbezirksräte gem. § 94 Abs. 3 NKomVG werden die Planungen zur Nutzung der Flüchtlingsunterkünfte anhand anliegender Präsentation, die inhaltlich dem vorgesehenen Nutzungskonzept entspricht, vorgestellt.

Nicht alle der im Bau befindlichen acht Standorte werden sofort und auf Dauer für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt und können daher auch als Wohnstandorte (Hondelage und Lamme) und für studentisches Wohnen (Ölper und Nordstadt) genutzt werden. Das kommt dem angespannten Braunschweiger Wohnungsmarkt zugute und verbessert die Wohnungssituation der Studentinnen und Studenten in Braunschweig.

Maßgeblich für die aktuell vorgesehene Art der Nutzung der einzelnen Standorte sind die Kriterien Umfang des Unterbringungsbedarfs, Zeitpunkt der Fertigstellung der jeweiligen Standorte, baurechtlich zulässige Nutzungsart sowie Lage der Standorte.

Die vorgesehene Nutzung geht von den derzeit im Wesentlichen bekannten Bedingungen aus. Diese können großen Veränderungen unterworfen sein. Größtmögliche Flexibilität bei

der Nutzung der Standorte muss gewährleistet sein, da die Gesamtflüchtlingssituation sehr unsicher ist. Aufgrund dieser ungewissen Gesamtlage müssen die zu treffenden vertraglichen Konstellationen so flexibel wie möglich gestaltet werden. Auf zurzeit noch nicht absehbare Entwicklungen muss möglichst umgehend reagiert werden können. Eine schnelle Nutzungsrückführung zur Unterbringung von Flüchtlingen muss vorgesehen werden. Entsprechende Verträge, z. B. mit dem Studentenwerk, sind abzuschließen.

Die zurzeit als Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzte Sporthalle in der Arminiusstraße soll schnellstmöglich dem Schul- und Vereinssport wieder zur Verfügung gestellt werden.

Die Gemeinschaftsunterkunft in der Saarbrückener Straße soll zunächst als Unterbringungsreserve vorgehalten werden.

Dr. Hanke

**Anlage/n:**

Nutzungskonzept Flüchtlingsunterkünfte



# Konzept zur Nutzung der Flüchtlingsunterkünfte





## Ausgangslage Unterbringung

**Zuweisungen 2016                      434 Personen**

**Davon untergebracht (Stand 31.12.2016):**

<b>Gemeinschaftsunterkunft Saarbrückener Straße</b>	<b>79 Personen</b>
<b>Sporthalle Arminiusstraße</b>	<b>115 Personen</b>
<b>Dezentrale Wohnungen</b>	<b>94 Personen</b>

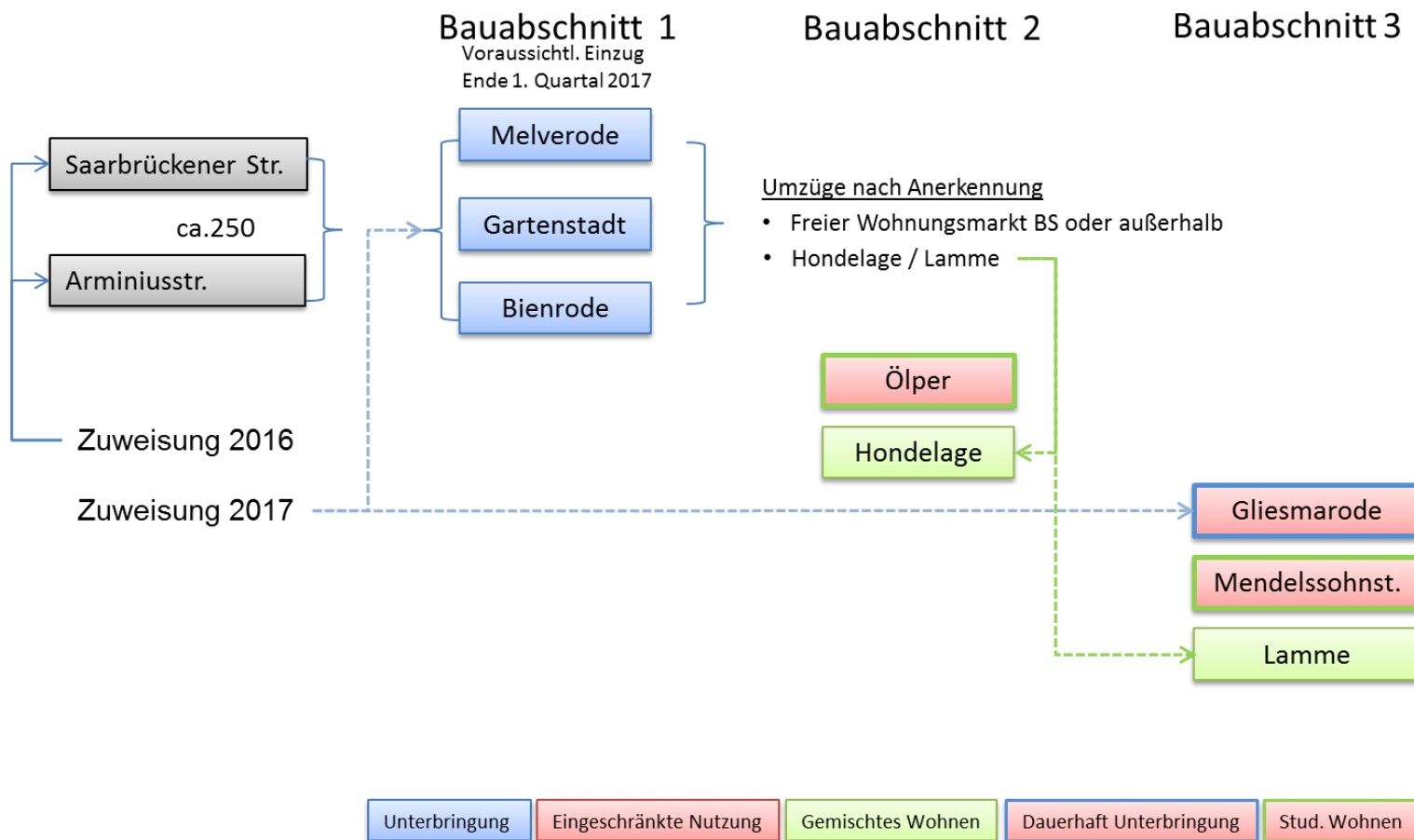
**Zuweisungsquote 2017              492 Personen**

(Zeitraum bis voraussichtlich Ende 2017)

**Zuweisungen 1. und 2. KW 2017                      10 Personen**



## Nutzung der Standorte im Überblick





## Wohneinheiten der Standorte

### Typ A

Im Rahmen der Unterbringung beläuft sich die Aufnahmekapazität auf bis zu 100 Personen.

Im Rahmen der Wohnraumnutzung stehen 26 (WE) zur Verfügung, davon

- |                        |                                 |
|------------------------|---------------------------------|
| 10 WE mit einem Zimmer | - Größe ca. 22 m <sup>2</sup> , |
| 8 WE mit zwei Zimmern  | - Größe ca. 42 m <sup>2</sup> , |
| 8 WE mit drei Zimmern  | - Größe ca. 62 m <sup>2</sup> . |

### Typ B (Hondelage)

Im Rahmen der Unterbringung beläuft sich die Aufnahmekapazität auf bis zu 86 Personen.

Im Rahmen der Wohnraumnutzung stehen 23 WE zur Verfügung, davon

- |                       |                                 |
|-----------------------|---------------------------------|
| 9 WE mit einem Zimmer | - Größe ca. 22 m <sup>2</sup> , |
| 7 WE mit zwei Zimmern | - Größe ca. 42 m <sup>2</sup> , |
| 7 WE mit drei Zimmern | - Größe ca. 62 m <sup>2</sup> . |



### Doppelzimmer\_2 Personen

Modul A 1: 1er Modul\_2 Pers

NGF: 20,28 qm > NF pro Person: 10,00 qm

Zimmer: 10,72 qm

Küche: 6,56 qm

Bad: 2,72 qm

Abst.: 0,60 qm

1



### Familie/ Gruppe\_4 Personen

Modul A 2: 2er Modul\_4 Pers

NGF: 42,14 qm > NF pro Person: 10,54 qm

Zimmer 1: 9,26 qm

Zimmer 2: 8,00 qm

Bad: 3,36 qm

Wohnen: 16,29 qm

Küche: 4,51 qm

Abst.: 0,72 qm

2





### Wohngruppe\_6 Personen

Modul A 4: 3\_er Modul\_6 Pers

NGF: 62,17 qm

> NF pro Person: 10,36 qm

Zimmer 1: 9,60 qm

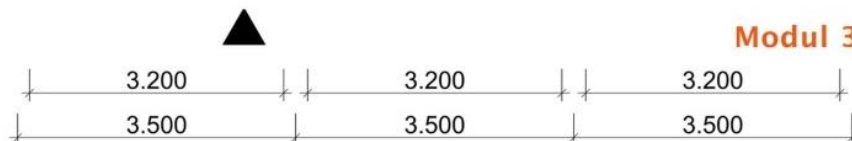
Zimmer 2: 10,56 qm

Zimmer 3: 10,56 qm

Wohnen/Küche: 21,35 qm

Flur: 4,32 qm

Bad : 4,47 qm , Abst.: 1,31 qm



Modul 3





Grundriss  
Erdgeschoss



Grundriss  
Obergeschoss



## Betreuung der Standorte zur Unterbringung von Flüchtlingen

Es ist vorgesehen,

- dass die Betreuung durch städtisches Personal erfolgt
- 24 Stunden ein Ansprechpartner vor Ort vorhanden ist
- Personalausstattung
  - Sozialpädagogin/Sozialpädagoge ganztags
  - Verwaltungskraft halbtags
  - Unterkunftswart (7.30 Uhr bis 16.00 Uhr)
- Sicherheitsdienst (16.00 Uhr bis 7.30 Uhr)



## Fassadenansicht (Planung)



Betreff:

**Einrichtung eines Parkverbotes und Gehwegbefestigung Grasseler Straße**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Kenntnis)

Sitzungstermin

31.01.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Beschluss des Stadtbezirksrates 112 vom 11.11.2015:

*„Die Verwaltung wird mit der Prüfung folgender Sachverhalte beauftragt:*

*a) Einrichtung eines Parkverbotes auf der Grasseler Straße zwischen den Häusern mit den Hausnummern 90 und 92*

*b) Befestigung des Gehweges in diesem Abschnitt*

*Der Stadtbezirksrat regt einen Ortstermin zur Klärung an.“*

Stellungnahme der Verwaltung zur Anregung gemäß § 94 Abs. 3 NKomVG:

Die Verwaltung hat den ca. 4 m langen unbefestigten Abschnitt der Grasseler Straße zwischen den Häusern Nr. 90 und 92 mit Betonpflastersteinen befestigt, so dass eine Fortsetzung des angrenzenden Gehweges eindeutig erkennbar ist. Somit besteht dort ein Parkverbot. Ergänzend wurde die vorhandene Gehwegbeschilderung versetzt.

Leuer

**Anlage/n:**

keine

Betreff:

**Hinweis Begegnungszentrum Gliesmarode**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

31.01.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Kenntnis)

Sitzungstermin

31.01.2017

Status

Ö

Beschluss des Stadtbezirksrates:

„Der Stadtbezirksrat 112 beantragt die Versetzung des Hinweisschildes zum Begegnungszentrum Gliesmarode, so dass es erkennbar ist, sowie die Aufstellung eines zweiten Schildes auf dem anderen Weg. Die Leiterin des Begegnungszentrums ist an der Umsetzung zu beteiligen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf das Begegnungszentrum Gliesmarode wird zurzeit vor der Einmündung Am Soolanger/ Berliner Straße hingewiesen. Eine Zufahrt zum Begegnungszentrum ist über den Parkplatz des Gliesmaroder Bades nicht möglich, daher wird der Hinweis an der Berliner Straße stadtauswärts über die Einmündung Am Soolanger hinweg verschoben.

Sowohl das Bad als auch das Begegnungszentrum teilen sich eine Parkplatz-Zufahrt, die rechts auf den kostenpflichtigen Parkplatz des Bades und links auf den Parkplatz des Begegnungszentrums verläuft. Der Hinweis auf das Begegnungszentrum ist an dem Verzweigungspunkt sehr klein.

In Absprache mit der Leiterin der Begegnungsstätte wird zur eindeutigen Zuordnung der Parkplätze der vorhandene Wegweiser gegen einen offiziellen Pfeilwegweiser durch die BELLIS GmbH ausgetauscht. Der linksweisende Pfeilwegweiser zum Parkplatz wird den Schriftzug „Begegnungszentrum“ beinhalten.

Leuer

**Anlage/n:**

keine

Absender:

## Interfraktionell im Stadtbezirksrat 112

TOP 4.1

**17-03709**

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Straßenumbenennung Hermann-Schlichting-Straße in Gerhard-Borchers-Straße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

31.01.2017

Status

Ö

### Beschlussvorschlag:

#### Beschluss:

Prüfauftrag an die Stadt Braunschweig:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Stichstraße Hermann-Schlichting-Straße in Gerhard-Borchers-Straße umbenannt werden kann.

### Sachverhalt:

Eindeutigkeit der Straßennamen sowie Ehrung von Gerhard Borchers.

Verdienste von Gerhard Borchers:

Bürgermeister in Bienrode/Verdienste um die Feuerwehr in Braunschweig und Gemeindemitglied sowie Mitglied der CDU in Braunschweig.

Die Anregung erfolgt durch den Heimatpfleger der Stadt Braunschweig für den Stadtteil Bienrode.

gez.

Thorsten Wendt

### Anlage/n:

Keine

Absender:

**Fraktionen SPD, Grüne, BIBS im  
Stadtbezirksrat 112**

TOP 4.2

**17-03695**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Verbindungsweg zwischen Eichhahnweg und Pepperstieg entlang  
der Wabe**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

31.01.2017

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschluss:**

Der Bezirksrat 112 beantragt die Prüfung der Situation im oben genannten Bereich sowie Vorschläge zur Entschärfung der problematischen Situation.

**Sachverhalt:**

Von Anwohnern wird hingewiesen, dass der Weg eine von Spaziergängern häufig genutzte Verbindung entlang der Wabe ist. Gleichzeitig wird dieser Weg auch von Radfahrern genutzt. Da der Weg zu schmal für Fußgänger und Radfahrer ist kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Eine Verbreiterung des Weges, ersatzweise eine Sperrung für Radfahrer erscheint sinnvoll.

gez. Peter Chmielnik

Gerhard Masurek

Tatjana Jenzen

**Anlage/n:**

keine



Absender:

**CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 112**

TOP 4.3

**17-03707**

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Bushaltestelle Linie 413 Eichhahnweg/Eitelbrodstraße  
Braunschweig-Querum**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

31.01.2017

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschluss:**

Wir bitten die Verwaltung um Prüfung, zu welchem Termin der Umbau der Bushaltestelle behinderungsgerecht erfolgen kann.

**Sachverhalt:**

Die Bushaltestelle liegt im Zentrum Querums, direkt an der Seniorenbegegnungsstätte und wird sehr stark von Bürgern des Ortsteiles genutzt.

Ältere Bewohner des Ortsteiles haben große Schwierigkeiten, in die Busse einzusteigen und sind oft auf Hilfe angewiesen. Hier besteht ein dringender Bedarf.

gez.

Jürgen Wendt

**Anlage/n:**

Keine

Absender:

**Fraktionen SPD, Grüne, BIBS im  
Stadtbezirksrat 112**

TOP 4.4

**17-03697**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Bereitstellung einer Bank an der Bushaltestelle "Kreuzteich" der  
Linie 418 in Riddagshausen**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

31.01.2017

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschluss:**

Richtung Innenstadt wird an dieser Stelle eine Sitzbank vermisst. Gerade älteren Fahrgäste kommen sehr frühzeitig an die Haltestelle, da der Bus nur jede halbe Stunde fährt. Einigen fällt das Stehen so schwer, dass sie sich an dem Haltestellenschild oder den Pollern festhalten müssen.

gez. Peter Chmielnik

Gerhard Masurek

Tatjana Jenzen

**Anlage/n:**

keine

**Betreff:****Bäume am Bolzplatz Dibbesdorfer Straße - Braunschweig-Querum****Empfänger:**Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister**Datum:**

19.01.2017

**Beratungsfolge:**Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

31.01.2017

**Status**

Ö

**Beschlussvorschlag:****Beschluss:**

Wir bitten die Verwaltung geeignete und Schatten spendende Bäume an dem Bolzplatz Dibbesdorfer Str. in Braunschweig-Querum anzupflanzen.

**Sachverhalt:**

Der Bolzplatz liegt an einem völlig offenen Gelände, im Anschluss an dem Festplatz in Querum.

Die Anpflanzung von geeigneten Bäumen als Schattenspender würde den Nutzern helfen, die Mittags- und Nachmittagsstunden angenehmer zu gestalten.

Die Bäume sollten im Westen und Süden des Platzes gepflanzt werden.

Bereits in der neuen Broschüre "Was ist los in Querum" des Runden Tisches Querum wird auf fehlende Beschattung hingewiesen. Auch Kinder und Jugendliche die den Platz rege nutzen haben schon den Wunsch nach entsprechenden Bäumen geäußert.

gez.

Jürgen Wendt

**Anlage/n:**

Keine

Absender:

**Fraktionen SPD, Grüne, BIBS im  
Stadtbezirksrat 112**

TOP 4.6  
**17-03698**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Beweissicherungsverfahren für die Straße Schapenkamp**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

31.01.2017

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:  
Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat beantragt schnellstmöglich ein Beweissicherungsverfahren für die Straße  
Im Schapenkamp durchzuführen.

**Sachverhalt:**

Diese Straße wird im Zusammenhang mit den Bauarbeiten am Messeweg so stark durch  
schwere Baufahrzeuge belastet, dass die Anwohner  
Straßenschäden befürchten. Darüberhinaus sind auch die Schopenhauerstraße und die  
verbindenden Straßenabschnitte der Straßen Am Sandkamp und Am Hasselteich betroffen.

Durch ein Beweissicherungsverfahren soll sichergestellt werden, dass Straßenschäden, die  
durch den Baustellenverkehr hervorgerufen werden, diesem Verursacher zugeordnet werden  
können und ggf. notwendige Instandsetzungsarbeiten nicht auf Kosten der Anwohner  
durchgeführt werden.

gez. Peter Chmielnik

Gerhard Masurek

Tatjana Jenzen

**Anlage/n:**

keine

Absender:

**Fraktionen SPD, Grüne, BIBS im  
Stadtbezirksrat 112**

TOP 4.7

**17-03699**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Beweissicherungsverfahren vor Baubeginn "Im Holzmoor"**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

31.01.2017

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschluss:**

Der Stadtbezirk 112 beantragt, dass vor Baubeginn Im Holzmoor durch ein Beweissicherungsverfahren der Zustand der Straßen dokumentiert wird.

gez. Tatjana Jenzen  
gez. Peter Chmielnik  
gez. Gerhard Masurek

**Anlage/n:**

keine

Absender:

**Fraktionen SPD, Grüne, BIBS im  
Stadtbezirksrat 112**

TOP 4.8  
**17-03700**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Fußweg zur Freiwilligen Feuerwehr in Bevenrode**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

31.01.2017

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschluss:**

Der Stadtbezirk 112 beantragt, dass das Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Bevenrode zeitnah durch einen Fußweg an den Ort angebunden wird.

**Sachverhalt:**

Der Stadtbezirksrat empfindet es als nicht vertretbar, dass sich Kinder, Jugendliche und ehrenamtlich engagierte Mitglieder der Feuerwehr in Gefahr begeben müssen um ihr Gebäude zu erreichen.

gez. Tatjana Jenzen  
gez. Peter Chmielnik  
gez. Gerhard Masurek

**Anlage/n:**

keine

Absender:

**Fraktionen SPD, Grüne, BIBS im  
Stadtbezirksrat 112**

TOP 4.9

**17-03701**  
**Antrag (öffentlich)**

Betreff:

**Geschwindigkeitsmesstafeln**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

31.01.2017

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschluss:**

Der Stadtbezirk 112 beantragt, dass eine der von der Stadt neu angeschafften Geschwindigkeitsmesstafeln zeitnah im Stadtbezirk 112 zum Einsatz kommt.  
Bevorzugte Aufstellungsorte : Ortseinfahrten Waggum, Ortseinfahrten Bienrode, Forststraße, Altmarkstraße, Rabenrodestraße, Essenerstraße.

gez. Tatjana Jenzen  
gez. Peter Chmielnik  
gez. Gerhard Masurek

**Anlage/n:**

keine

Betreff:

**Planung und Bau eines Geh- und Radweges zwischen Hungerkamp und Pappelberg**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

26.01.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach  
(Entscheidung)

Sitzungstermin

31.01.2017

Status

Ö

**Beschluss:**

„Der Planung und dem Bau des Geh- und Radweges zwischen den Straßen Hungerkamp und Pappelberg wird zugestimmt.“

**Sachverhalt:**

1. Beschlusskompetenz des Stadtbezirksrates

Die Beschlusskompetenz des Stadtbezirksrates ergibt sich aus § 93 Abs. 1 NKomVG in Verbindung mit § 16 Abs. 1 Nr. 6 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Vorlage zur Planung und zum Bau eines Geh- und Radweges zwischen den Straßen Hungerkamp und Pappelberg um einen Um- und Ausbau einer Straße, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht.

2. Anlass

Am Hungerkamp ist derzeit eine städtische Flüchtlingsunterkunft im Bau. Fußläufig ist diese Flüchtlingsunterkunft bislang nur über die Straße Hungerkamp zu erreichen, die über keinerlei Geh- und Radwege verfügt. Um die Anbindung der Flüchtlingsunterkunft für zu Fuß Gehende zu verbessern, soll rechtzeitig zur Inbetriebnahme der Flüchtlingsunterkunft im Frühjahr 2017 eine geeignete fußläufige Erschließung geschaffen werden.

3. Planung

Über ein städtisches Flurstück in Höhe der im Bau befindlichen Flüchtlingsunterkunft ist ein beleuchteter Geh- und Radweg mit einer Breite von 3,00 m zwischen den Straßen Hungerkamp und Pappelberg geplant worden. Anders als die Straße Hungerkamp verfügt der Pappelberg im Bestand über Gehwege. Auf diese Weise ist es möglich, eine gute fußläufige Erreichbarkeit der Flüchtlingsunterkunft von der Friedrich-Voigtländer-Straße (Bushaltestelle Pappelberg / Einkaufsmöglichkeiten) über die Gehwege am Pappelberg über den neu geplanten Geh- und Radweg sicherzustellen.

4. Informationsveranstaltung

Für den 12.01.2017 hatte die Verwaltung die Öffentlichkeit über die Medien eingeladen, um die Planung zu erläutern, Fragen zu beantworten und mit den Anliegern über die Planung zu diskutieren.



- Ein Schwerpunkt mehrerer Nachfragen seitens der anwesenden Bürger war die Planung und der Bau von Gehwegen im Zuge des Hungerkamps, was auch der Stadtbezirksrat in einer seiner letzten Sitzungen beantragt hatte.

Diesem grundsätzlich nachvollziehbaren Gedanken stehen mehrere Probleme entgegen. Nur ein Teil der Straßenparzelle des Hungerkamps befindet sich im städtischen Eigentum. Die Randstreifen auf beiden Seiten befinden sich in Privatbesitz und müssten durchgehend angekauft werden, um einen planerisch sinnvollen Straßenquerschnitt realisieren zu können. Das ein solcher durchgehender Flächenerwerb kurzfristig gelingt, ist mindestens sehr unwahrscheinlich, zumal die hierfür benötigten Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stehen.

Die für einen Umbau des Hungerkamps erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushalt ebenfalls nicht zur Verfügung. Im Vergleich zu den Investitionskosten anderer Straßen werden die Kosten jedoch deutlich höher ausfallen, weil der Untergrund mit Antimon belastet ist, sodass durch die Entsorgung des vollständigen Unterbaus der Straße mit sehr hohen Entsorgungskosten zu rechnen ist. Eine belastbare Größenordnung der Investitionskosten kann ohne detaillierte Schadstoffuntersuchung im Zuge des gesamten Hungerkamps und Festlegung des Entsorgungsweges nicht angegeben werden.

- Ein Anwohner bittet darum, die beiden Enden des Geh- und Radweges so zu gestalten, dass es nicht zu Verkehrsgefährdungen mit dem querenden Verkehr im Zuge des Pappelberges und des Hungerkamps kommt.

Die Verwaltung wird im Zuge der Ausführungsplanung entsprechende Lösungen im Detail vorsehen.

- Sehr viele weitere Diskussionsbeiträge beschäftigten sich mit dem Standort der Flüchtlingsunterkunft, dem Zustandekommen der entsprechenden Ratsentscheidung, der dazu durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltung, den Beratungen im Stadtbezirksrat und ganz allgemein mit den Sorgen der Anlieger des Pappelberges vor der Veränderung durch die Inbetriebnahme der Flüchtlingsunterkunft.

Die Verwaltung hat diese Fragen beantwortet, die jedoch wenig Bezug zur vorgelegten Planung des Geh- und Radweges hatten.

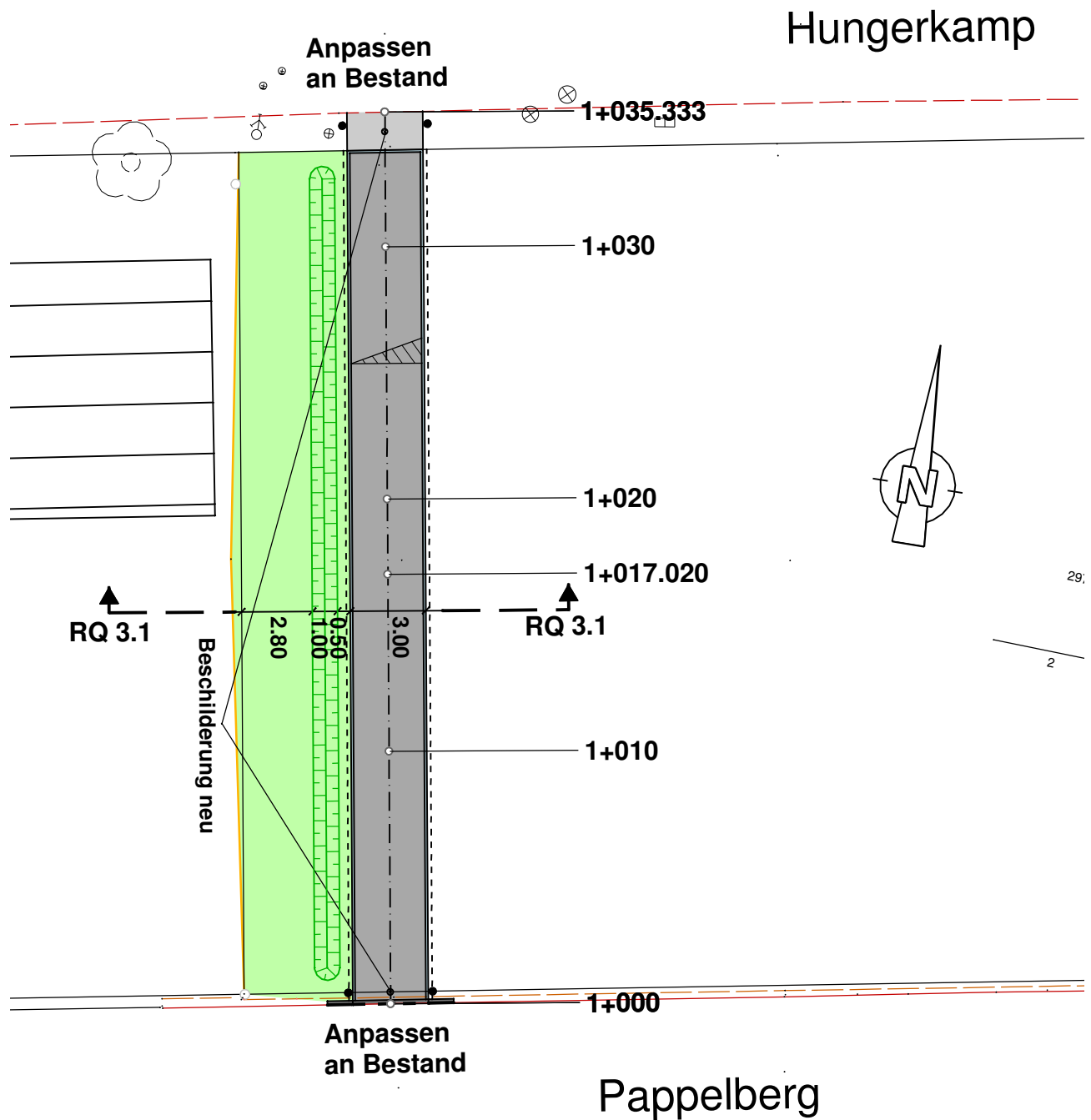
Die Verwaltung hatte den Eindruck, dass die Planung selbst unter den gegebenen Rahmenbedingungen konsensfähig ist.

## 5. Finanzierung

Für den Bau des Geh- und Radweges zwischen Hungerkamp und Pappelberg fallen Straßenbaukosten in Höhe von ca. 20.000 € an. Die Maßnahme ist nicht straßenausbaubeitragspflichtig. Der Ausbau dieses Geh- und Radweges steht im engen Zusammenhang mit dem Bau der Flüchtlingsunterkunft „Gliesmarode“ und wird daher für diesen Einzelfall über das Projekt „Unterbringung von erwachsenen Flüchtlingen (4S.210083)“ finanziert. Auf dem Projekt stehen noch ausreichend Finanzmittel zur Verfügung.


Leuer

**Anlage:**  
Lageplan



151

151  
259

Stadt		Braunschweig		Tiefbau und Verkehr Bohlweg 30 38100 Braunschweig
Hungerkamp				
	Datum	Name	Maßstab :  1 : 250	
bearbeitet :	Januar 2017	N. Schmidt		
gezeichnet :	Januar 2017	S. Hendrich		

Absender:

**Interfraktionelle Anfrage im  
Stadtbezirksrat 112**

TOP 8.1  
**17-03696**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Verkürzung der Verbindung zwischen Petzvalstraße und  
Dibbesdorfer Straße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Beantwortung)

31.01.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit der Bürger-Anregung von Herrn Wolfgang Schneider nachzukommen? Der Bezirksrat bittet um eine schnelle Antwort.

Als Anlage sind die handschriftliche Anregung und die Kopie einer Karte beigelegt.

Gerhard Stülten

**Anlage/n:**

Anschreiben mit Plan

Wolfgang Schneider

38104 Braunschweig, den 12. Jan. 2017

Querenstr. 60

Tel. 37 58 47

Am Stadt Braunschweig  
Abt. Tiefbau und Verkehr

Betr.: Verkürzte Querung des DB-Gleises BS  $\leftrightarrow$  WOB

Werte Damen + Herren,  
bezugnehmend auf den heute zu verhandelnden Antrag  
„Pappelberg  $\leftrightarrow$  Hungerkamp“ möchte ich ergänzend  
anregen, den bisherigen Umweg

„Petzvalstraße  $\leftrightarrow$  Dibberdorfer Str.“

zu begradigen. Ersparnis etwa 120m. = 2 \* 60m [Hin + Rück]

Das bisherige Teilstück des Weges parallel zum Gleis wäre dann  
überflüssig und könnte der Verödung überlassen werden.

Ich bitte um wohlwollende Prüfung

mit freundlichen Grüßen!

Wolfgang Schneider

Anlage



Anschluss Seite 18



Ruf



Absender:

**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 112**

TOP 8.2

**17-03694**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Straßenmarkierung Messeweg/Berliner Straße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Beantwortung)

31.01.2017

Status

Ö

### **Sachverhalt:**

Anwohner haben darauf hingewiesen, dass im Bereich Messeweg / Einmündung Berliner Straße bereits Straßenmarkierungen für Radfahrer angebracht wurden.

In diesem Zusammenhang wird angefragt, ob diese endgültig sind.  
Wie ist der aktuelle Sachstand im Kreuzungsbereich?

gez. Peter Chmielnik

### **Anlage/n:**

keine

Betreff:

**Straßenmarkierung Messeweg/Berliner Straße**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

31.01.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Kenntnis)

Sitzungstermin

31.01.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.01.2017 wird wie folgt Stellung genommen:

Die Markierung im Bereich der Kreuzung ist endgültig. Die Straßenbauarbeiten im Kreuzungsbereich sind weitgehend fertiggestellt. Die BELLIS GmbH muss noch Maste für die Lichtsignalanlage stellen.

Leuer

**Anlage/n:**

keine

Betreff:  
**Markierung der Parkplätze vor dem Feuerwehrhaus in Bienrode**

Empfänger: Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	Datum: 19.01.2017
---	----------------------

Beratungsfolge: Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)	31.01.2017	Status Ö
--	------------	-------------

**Sachverhalt:**

In der öffentlichen Stellungnahme des FB 65 (16-01555-01) zur Anfrage 04.02.2016 wird auf eine verwaltungsinterne Prüfung verwiesen, welche ergeben hat, dass keine Privilegierung von Parkraum im öffentlichen Verkehrsraum möglich sei.

Entgegen der Stellungnahme des FB 65 gibt es in der Stadt Braunschweig vor diversen Feuerwehrhäusern bereits eine Privilegierung von Parkraum (siehe Beispielfoto im Anhang). Die Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben der Feuerwehr (hier der Ortsfeuerwehr Bienrode, einschließlich ihrer Einsatzkräfte) wird durch die vermeidbare Parkplatzsuche vor dem Feuerwehrhaus, bzw. dem vermeidbaren Weg zwischen freiem Parkraum und Feuerwehrhaus unnötig verzögert. Außerdem kommt es teilweise zu Behinderungen der Ausfahrt bei dringenden Einsätzen. Bereits im Januar 2015, also vor 2 Jahren, wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen.

**Frage:** Warum ist die Art und Weise der Privilegierung von Parkraum, wie sie bereits vor anderen Feuerwehrhäusern in Braunschweig umgesetzt wird, in Bienrode nicht möglich?

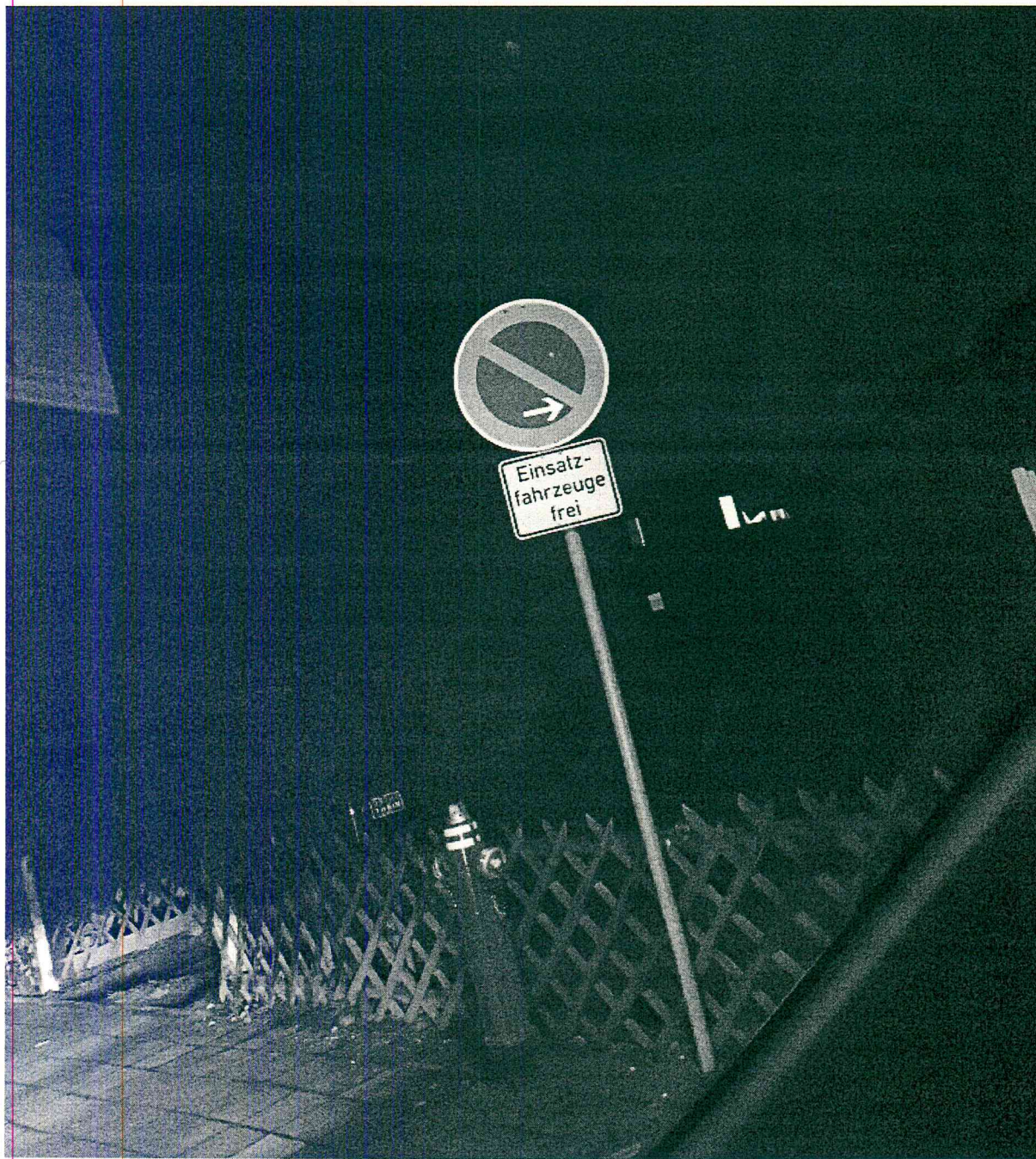
gez.

Lars Einsle

**Anlage/n:**



Anhang:



Betreff:

**Beleuchtung Herrmann-Blenk-Straße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Beantwortung)

31.01.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Auf der Hermann-Blenk-Straße sowie auf dem Parkplatz des Nds. Forschungszentrums für Fahrzeugtechnik bleibt die Beleuchtung bis spät in die Nacht eingeschaltet, obwohl dort nur eine geringe Nutzung zu verzeichnen ist.

Es stellen sich daher folgende Fragen:

1. Wer trägt die Kosten der diesbezüglichen Straßen- und Parkplatzbeleuchtung?
2. Ist hier ein Einsparpotential ggf. durch Ausdünnung der diesbezüglichen Straßen- und Parkplatzbeleuchtung bei Nacht gegeben?

gez.

Tatjana Jenzen

**Anlage/n:**

keine

Absender:

**CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 112**

TOP 8.5

**17-03705**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Reiterstaffel der Polizei**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Beantwortung)

31.01.2017

Status

Ö

### Sachverhalt:

In der öffentlichen Mitteilung 15-01003 vom 19.11.2015 informiert der FB 63 unter anderem darüber, dass für die Reiterstaffel der Polizei verschiedene Ersatzstandorte geprüft werden.

**Frage:** 1) Welche Ersatzstandorte werden/wurden geprüft?

2) Soll weiterhin an einem Umzug festgehalten werden?

gez.

Lars Einsle

### Anlage/n:

Keine

Absender:

**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 112**

TOP 8.6

**17-03693**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Zustand Flurstück an der Wabe zwischen Pepperstieg und Schunter**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Beantwortung)

31.01.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Anwohner bemängeln immer wieder den Zustand der Flächen.

In diesem Zusammenhang wird angefragt:

1. Wer ist für die Pflege dieses Bereichs zuständig?
2. In welchem Zeitintervall sind Pflege- und Aufräumarbeiten vorgesehen?

gez. Peter Chmielnik

**Anlage/n:**

keine

Absender:

**BIBS-Fraktion im Stadtbezirksrat 112**

TOP 8.7

**17-03703**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Touristikflüge am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Beantwortung)

Status

Ö

### **Sachverhalt:**

In dem Schreiben an die Braunschweiger Zeitung vom 10.01.2014 erklärt Herr Gelfert unter Punkt 3, dass Tourismusverkehr aus Brandschutzgründen vom Flughafen BS/WOB nicht abzuwickeln sei. Siehe Anlage

Dies vorausgeschickt ergeben sich folgende Fragen:

1. Inwieweit wurde der Brandschutz am Flughafen bereits verbessert, so dass nun doch Touristik Charter Flüge wie z.B. Schmidt Reisen möglich sind ?
2. Wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten um die Brandschutzbestimmungen zu erfüllen ?
3. Wann und von wem wurde der Brandschutz überprüft und genehmigt ?

gez.

Tatjana Jenzen

### **Anlage/n:**

Stellungnahme Flughafen

Betreff:

**Touristikflüge am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg**

Organisationseinheit:

Dezernat VII  
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

31.01.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Kenntnis)

Sitzungstermin

31.01.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Zu der Anfrage der BIBS-Fraktion vom 19. Januar 2017 (DS 17-03703) nimmt die Verwaltung nach Abstimmung mit der Geschäftsführung der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH wie folgt Stellung:

Zu 1.:

Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen erfolgen zur Aufrechterhaltung des Brandschutzes für das vorhandene Gebäude mit seiner derzeitigen Nutzungsstruktur. Hierzu zählen die im Gebäude untergebrachten Büros sowie insbesondere die Unterbringung von Passagieren im Wartebereich vor dem Abflug, die zu einem weit überwiegenden Teil dem Geschäftsreiseverkehr zuzurechnen sind. Die von der Fragestellerin sogenannten „Touristik Charter Flüge“ tragen nur zu einem sehr kleinen Teil zum Verkehrsaufkommen bei und sind deshalb auch nicht der alleinige oder gar prägende Grund für die Brandsanierung. Aus dem Schreiben, auf das die Fragestellerin Bezug nimmt, geht dementsprechend auch nicht hervor, dass die Ertüchtigung zur Erweiterung der Kapazität im Tourismusverkehr notwendig war. Der Zweck der jeweiligen Reisen ist für die Brandschutzanforderungen unerheblich.

Zu 2.:

Die Sanierungskosten für den Gebäudebrandschutz werden auf ca. 550 TEUR geschätzt.

Zu 3.:

Der Brandschutz unterliegt der gebäudebrandschutzpolizeilichen Aufsicht der Bauaufsichtsbehörde. Die Abnahme der Baumaßnahmen durch das Bauordnungsamt steht noch aus.

Geiger

**Anlage/n:**

keine



Betreff:

**Winterdienst auf Schulweg**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.01.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur  
Beantwortung)

31.01.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Winterdienst auf Schulweg

Es wird angefragt, welcher Fachbereich der Stadt Braunschweig (ggf. die Fa. ALBA) für die Schneeräumung bzw. das Abstreuen bei Glätte im Bereich der "alten" Bevenroder Straße/Querum einschließlich Schunterbrücke zuständig ist.

**Begründung:**

Am 05.01.2017 kam es infolge Schnee- und Eisglätte in diesem Bereich zu mindestens zwei schweren Stürzen. Eine Person wurde mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus verbracht, eine Person erlitt einen Ellenbogenbruch und Rippenprellungen. Laut Polizei ist die angefragte Strecke ein ausgewiesener Schulweg. Ferner müssen Radfahrer die Strecke auf dem Weg Richtung Querum nutzen.

gez.

Thorsten Wendt

**Anlage/n:**

Keine